

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Zum deutsch-russischen Vertrage. Kundgebungen aus dem Reiche.

Essen fand in Frankfurt a. M. im Saalbau die von uns bereits ausführlich Berichtete Versammlung der hiesigen und belgischen Handelsvertreter statt. Wir erhalten darüber folgenden Bericht unseres Korrespondenten.

Frankfurt, 11. Februar. In einer imposanten Kundgebung im Saalbau des russischen Handelsvereins gestaltete sich die heute im Saalbau abgehaltene, von weit über 1000 Personen besuchte Versammlung, in der die Herren von Posnitz, Frankfurt, Bremer, Düsseldorf, Weismüller, Bodenheim und Baumann-Frankfurt Referate erstatteten. Vertreten waren fast alle industriellen Vereinigungen und Handelskammern von Rheinpreußen und Westfalen. Weiter wohnten auch der russische Generalkonsul und ein höherer aktiver Offizier den Verhandlungen bei.

Herr Posnitz gab nach den üblichen Begrüßungen und der Wohl des Vaterlands einen Überblick über den Gang der Vertragsverhandlungen, sowie über die Vorgänge im Zollrat und wie es denn in überzeugender Weise nach und nach die beiderseitigen Schädigungen der Handelsverhältnisse klarstellte, die vielmehr nur Vorteile erwachten würden. Ein reiches statistisches Material unterstützte die Beweisführung seiner Ausführungen.

Auch die Referate des Herrn Bremer, der den Charakter Deutschlands als eines Industrielandes betonte und den unvermeidlichen Mangel an Handel und Gewerbe in Verhältnis zu dem der Handelsverhältnisse als einen größeren bezeichnet, sowie des Herrn Weismüller, der an einzelnen Positionen des neuen Tarifs den Vorteil der Gesamtheit des Volkes nachwies, trugen dazu man an man zur Würdigung der politischen Gesichtspunkte, gleichfalls in warmen Worten für den Vertrag ein.

Es gelangte alsdann ein Schreiben des Reichstagsabgeordneten Schmidt-Frankfurt (Soz.) zur Verlesung, der sich und seine Fraktion als Anhänger des Vertrages erklärt, dann ein Schreiben des Herrn Vieber, der seiner Freude über die Agitation zu Gunsten des Vertrags Ausdruck gab. Bei der nun folgenden Diskussion erörterte unser leibhaftig Herr Konsul, Herr Ad. Ad. Ad., daß der deutsch-russische Handelsvertrag ein vorteilhaftes und ein für beide Teile nützlich sei, für den russischen Handelsvertrag eintrat und seine Mitglieder sich beifolgt dafür bedankten, zu den Anträgen gemäß zu werden. Nach längeren Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Schmidt-Frankfurt, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die von den unterzeichneten Handelskammern und Körperschaften eingebrachte, heute im Saalbau von Frankfurt a. M. tagende öffentliche Kundgebung bekräftigt folgende Resolutionen:

1) Die Annahme des Handelsvertrages mit Russland als eines der wichtigsten Glieder in der Reihe unserer Handelsverträge sichert erst die volle Entfaltung der segensreichen Gesamtentwicklung der deutschen Handelsverhältnisse.

2) Der Vertrag bringt uns auf Jahre hinaus die Gewähr dauernder gegenseitiger Verkehrsbeziehungen zu dem großen Nachbarreiche und gesteigerte Wohlstand für die Existenz eines erheblichen Teiles deutscher Unternehmer und Arbeiter.

3) Der Vertrag bedeutet nicht nur das Ende des unheilvollen Zollkrieges, sondern ist auch ein erträgliches Unterpfand für den europäischen Frieden.

4) Die gegen den Abschluß des Vertrages gerichtete heftige Opposition entspringt nur dem mangelhaften Interesse einzelner Gewerbestände, während seine Annahme die Geburt der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Gesamt-Vaterlandes zur Folge haben wird.

5) Die Wünsche, die Verhandlungen über diesen Vertrag mit der Abhängigkeit zu verbinden, müssen als hindernd und schädlich für unser vaterländisches Gewerbeleben entschieden zurückgewiesen werden.

Die Versammlung spricht aus diesen Gründen die bestimmte Erwartung aus: Der hohe Reichstag werde dem Abschluß des ihm von den verbündeten Reichstagen vorgelegten Handelsvertrages mit Russland die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen und sich mit einem Hoch auf den Kaiser selbst der Präsident der hiesigen Handelskammer, Herr v. Quatta die Versammlung.

In Karlsruhe fand eine entsprechende Versammlung für Baden statt. Wir erhalten darüber von dort das nachstehende Privat-Telegramm:

Karlsruhe, 11. Februar. Heute fand hier eine Versammlung der badischen Handelsvertreter statt, die von allen badischen Handelskammern zahlreich besucht war. Die Versammlung bekräftigte den deutsch-russischen Handelsvertrag aus demselben Grunde, welche einige der deutschen Industrie große Vorteile, ohne die Handelsverhältnisse zu schädigen. Die von der Versammlung beschlossene Resolution verlangt die Annahme des Handelsvertrages sowie die Beibehaltung der Zollbindung.

Über die Anfassung, welche man in Schleswig-Holstein von dem Vertrage mit Russland hat, schreibt uns unser dortiger Korrespondent:

Die Veröffentlichung des deutsch-russischen Handelsvertrages hat hier in den weitesten Kreisen lebhaftes Engagement hervorgerufen. Der lange Zollkrieg zwischen Deutschland und Russland dem Wohlstand unserer Provinz schwere Wunden zugefügt, welche durch Handel und Gewerbe in der Einföhrung des Handelsvertrages schwerer noch werden, namentlich in der Schiffahrt. Die Frachten sind sehr niedrig, daß die Schiffahrt auf russische Häfen sehr wenig lohnt und deshalb auf einem großen Teile eingestellt wurde. Eine große Anzahl wichtiger Industriezweige in Schleswig-Holstein sind durch den Vertrag verloren gegangen; der neue, für deutsche Exportartikel sehr günstige Vertrag wird zweifellos eine Welterneuerung herbeiführen. Fast alle Organe der Provinz, selbst entschieden konservative, begrüßen den Abschluß des Handelsvertrages als ein vorteilhaftes Mittel zur Hebung des schwer darniederliegenden Gewerbelebens. Es ist unbestreitbar, daß das Inkrafttreten des Vertrages den Handel und die Schiffahrt in den nächsten Jahren Schleswig-Holsteins bedeuend und der immer wichtiger werden wird. Der Handel und Gewerbe liegt in der Einföhrung des Handelsvertrages die wünschenswerte Steigerung des Verkehrs. Dadurch werden die Städte auf- und blühender werden. Der Handel wird sich in Folge der Einföhrung des Handelsvertrages in Schleswig-Holstein als ein vorteilhaftes Mittel zur Hebung des schwer darniederliegenden Gewerbelebens. Es ist unbestreitbar, daß das Inkrafttreten des Vertrages den Handel und die Schiffahrt in den nächsten Jahren Schleswig-Holsteins bedeuend und der immer wichtiger werden wird. Der Handel und Gewerbe liegt in der Einföhrung des Handelsvertrages die wünschenswerte Steigerung des Verkehrs. Dadurch werden die Städte auf- und blühender werden. Der Handel wird sich in Folge der Einföhrung des Handelsvertrages in Schleswig-Holstein als ein vorteilhaftes Mittel zur Hebung des schwer darniederliegenden Gewerbelebens.

Die in neuester Zeit schwere Niederlagen erlitten. Die Bauern gelangen allmählig zur Einsicht, daß die Zoll- und Exportpolitik seine Förderung der Landwirtschaft bedeutet. Die einsichtigeren Landwirte erkennen die wirtschaftliche und politische Tragweite des Vertrages und wollen ihren Patriotismus doch nicht für 150 Pfennig Zollunterwerfung breiteren. Bei den sehr bedeutungsvollen Reichstagsabgeordneten werden auf jeden Fall acht für den Vertrag stimmen.

Stuttgart, 12. Februar. (Privat-Telegramm.) Sämtliche Handelskammern in Württemberg richteten an die württembergischen Reichstagsabgeordneten das dringende Ersuchen, dem russischen Handelsvertrag unbedingt Zustimmung zu erteilen. Das von der künftigen Centralstelle für Gewerbe und Handel herausgegebene Gewerbeblatt drückt die besondere Genugthuung aus, daß auch die württembergischen Interessen im Handelsvertrage eine entsprechende Beachtung gefunden haben. Die Annahme des Vertrages sei deshalb dringend zu wünschen.

Frankfurt a. M., 12. Februar. (Privat-Telegramm.) Der russische Handelsvertrag wird überall in ein glückselig gütige Aufnahme. Es wird keinerlei agitative Agitation versucht. Alle Reichstagsabgeordneten sind, soweit Nachrichten vorliegen, für den Vertrag. Die Handelskammern planen Kundgebungen.

Auf einer von 1500 Teilnehmern besetzten Versammlung des Bauernvereins zu Stolp kam es zu einer großen Kundgebung für den deutsch-russischen Handelsvertrag. Die obduzierten Wirtenschaftler und Schiffseigner haben eine Petition an den Reichstag mit der Bitte um Genehmigung des Vertrags gerichtet, in der es heißt: „Zu Allen Deutschen, von Handel und Industrie anderen Gebieten, die wir nachsehen, können wir nur einmütig angedrungen Agitation versucht. Alle Reichstagsabgeordneten sind, soweit Nachrichten vorliegen, für den Vertrag. Die Handelskammern planen Kundgebungen.“

Auf einer von 1500 Teilnehmern besetzten Versammlung des Bauernvereins zu Stolp kam es zu einer großen Kundgebung für den deutsch-russischen Handelsvertrag. Die obduzierten Wirtenschaftler und Schiffseigner haben eine Petition an den Reichstag mit der Bitte um Genehmigung des Vertrags gerichtet, in der es heißt: „Zu Allen Deutschen, von Handel und Industrie anderen Gebieten, die wir nachsehen, können wir nur einmütig angedrungen Agitation versucht. Alle Reichstagsabgeordneten sind, soweit Nachrichten vorliegen, für den Vertrag. Die Handelskammern planen Kundgebungen.“

Russische Urteile über den Vertrag.

In Russland stehen ebenso wie bei uns zwei Gruppen einander gegenüber. Eine Gruppe von Interessenten macht, ähnlich wie bei uns die Agrarier, heftige Opposition; die allgemeine Stimmung ist indes für den Vertrag. Unser russischer Korrespondent schreibt uns über den Vertrag, 9. Februar. Während in der gemeinsamen russischen Reichstagskommission der Handelsvertrag wegen des Zustandekommens des Handelsvertrages beifolgt und sein Vorgehen alle Anerkennung findet, während man auch, trotz mancher unerwarteter Wendungen, eine gedeihliche Entwicklung der Landwirtschaft sowohl wie auch der Industrie erwartet, geht von Moskau aus ein immer häufiger werdender Zug der Unzufriedenheit und der Opposition. Die Nowoje Woraja ist jetzt die Würger, die von aus Nordostland kommen, heißt es.

Moskau hat die Nachricht von dem Zustandekommen des deutsch-russischen Handelsvertrages mit lauten Worten aufgenommen. Es sagt offen heraus, daß ihm dieser Vertrag gar nicht behage. Alle moskowschen Petitionen der letzten Tage sind angefüllt mit Beschuldigungen und Schmähen, die nach Meinung der Anhänger dieser Petitionen der russischen Industrie durch Abschluß dieses Bündnisses drohen. Professor Nowojew erhebt ein heftiges Lob auf Moskau in diesem Fall einen seinen Geruchsinne bewahrt die Moskowiter nicht zu verlieren. Sie treten ihnen ihre heftige Stimmung nicht verhehlen. Sie treten mit aller Kraft ein für den Schutzpakt von 1891, in dem sie eine Stütze der russischen Gewerbehaftigkeit sehen. Und Moskau ist nicht das Zentrum, es ist das Herz des gewaltigen russischen Handels — doch müssen wir gestehen, daß der Gesichtspunkt der Moskowiter in dieser Angelegenheit unrichtig ist einseitig ist. Aber wir im Prinzip dagegen sein, daß die vaterländische Gewerbehaftigkeit im eigenen Lande bei Warte steht, die den ausländischen Markt für russisches Getreide voll erzieht, und die Sorgen um Erleichterung der Ausfuhr von Korn überflüssig machen. Das ist doch ein wirtschaftliches Argument, deart in die Augen springend, es ist seines Beweises bedarf. In seinem letzten Bericht hat auch der Finanzminister diesen Handel als Ziel der wirtschaftlichen Reichstagskommission bezeichnet. Aber einwachen haben wir noch keine inneren Märkte für unser Kornhand. — Die Unterbrechung in der Getreideausfuhr anlässlich des Zollkrieges hat gerade in moskowschen Kreisen gefährlichen Leben einen Geldmangel und sonstigen Schwierigkeiten zur Folge gehabt. Handelsunternehmungen, die unter dem Eindruck des abgelaufenen Jahres marktes in Riga, Nowgorod eine lebhaftes Gange zeigen, mußten bald nachher einbrechen. Der Geldmangel auf dem Lande war so heftig und so flüchtig, bedingt durch den Geldmangel in Moskau, wie man doch allgemein annimmt, unerlöschlichen dort von Millionen.

Moskau selbst hat ein Gefühl gegen Zollvereinbahrungen eingereicht. Trotzdem ist es ausgemacht, daß ein Abhängigkeit unteres Getreidehandels von den ausländischen Märkten existiert, und ist es an uns, den goldenen Mittelweg zu suchen und zu finden, wo aller Hauptinteressen in gleicher Weise geschützt erscheinen. Wenn die Gewerbehaftigkeit sich nicht erfolgreich entwickeln kann, so freier ausländischer Konkurrenz, wenn die Handelsverhältnisse nicht ausfüllen kann ohne innere Abhängigkeiten, so ist auch bei ungenügender, innerer Nachfrage, bei Mangelhaftigkeit des Absatzes eine Förderung der Industrie unentbehrlich, wenn auch die ausländische Konkurrenz vollständig ferngehalten werden sollte. Eine nationale wirtschaftliche Unabhängigkeit föhnte nur dann erreicht werden, wenn die eigenen Erzeugnisse des Landes alle Bedürfnisse desselben decken würden. Weder ist bis dahin noch ein weiterer Weg, und eine wirtschaftliche Politik wird noch lange den Weg nach Süden und Ostwärts zu durchschreiten haben. In dem Vertrag mit Deutschland betreten wir einen Weg, von dem wir, ohne

uns zu schaden, nicht wieder abgehen können. Man bedenke doch, daß wir den Deutschen nichts umsonst gegeben haben. Es ist nur schade, daß wir bisher wohl über die Resultate der Verträge von einer Seite erfahren haben, also wissen, in welchen Punkten Russland nachsieht, aber noch ganz und gar im Dunkeln lassen bezüglich der von Deutschland gemachten Konzeptionen. Keinesfalls dürfen wir jetzt schon über Verluste klagen und Thronen vergießen, weil unsere Unterhändler unter den Tarif von 1891 heruntergegangen sind. Der russische Getreideexport hat viel gewonnen und wird sich heben. Es kann aber sein, und wir wollen es hoffen, daß unsere Industrie nicht auch zum Schaden der russischen Industrie ausfiehet.

Wir müssen allerdings unserer Verwunderung auch Raum geben, daß der Finanzminister es bis jetzt nicht für nötig gehalten hat, diejenigen Konzeptionen bekannt zu geben, welche Deutschland Russland gegenüber gemacht hat.

Russlands Freunde über das Zustandekommen des Handelsvertrages mit Deutschland schreibt sich auch der Graf Schanin mit folgenden Worten an:

Nach den kategorischen Kundgebungen des Monarchen (Wilhelm II.) scheint die Entscheidung des deutschen Reichsparlaments nicht mehr zweifelhaft; die Oppositionsparteien werden wohl einige akademische Proteste machen, welche doch auf das Schicksal des Handelsvertrages keinen Einfluß haben werden. Im Interesse des Friedens und guten Einvernehmens bequäme ich mich, wenn aufrichtig die glückliche Beendigung des Zollkrieges und der gegenseitigen Verbrüderung, welche er bis dato unterhalten. Les bonis comptes tout les jours.

Französische Stimmen zum Vertrage.

Über die Anfassung, welche in den Kreisen der französischen Industrie bezüglich des deutsch-russischen Handelsvertrages herrscht, giebt nachfolgender Bericht unseres Korrespondenten Aufschluß:

Das Organ des Herrn Méline, die „République française“, erklärte sich mit dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages sehr zufrieden, da die französische Industrie in Folge des Meistbegünstigungsvertrages mit Russland an allen Vorteilen der Zollvereinbahrungen partizipiere. Die Anhänger der französischen Schutzpolitik tritt heute der von dem russischen Reichstagsabgeordneten, „Le mille français“ entgegen. Allerdings erteilt Frankreich seinen Zollvereinbahrungen von Russland wie Deutschland, Frankreich dürfte wenig Nutzen daraus ziehen, da Deutschland für die überwiegende Mehrheit der russischen Industrie günstigeren Produktionsbedingungen genießt. Andererseits genießt Deutschland infolge des neuen Vertrages mit Russland die im Jahre 1893 von Russland Frankreich eingehenden Konzessionen, sofern dieselben günstiger sind, als der Konventionstarif. Der französische Export findet daher in allen seinen Spezialitäten einen mächtigen Konkurrenten in Deutschland und dürfte, wie der „Economiste“ hervorhebt, leidet darunter, die Zeit, während welcher der deutsch-russische Zollkrieg wüthete, nicht besser ausgefallen zu haben.

Freisinniger Parteitag für Schleswig-Holstein.

Die überwiegende Mehrheit der ehemaligen deutschen freisinnigen Partei in Schleswig-Holstein hatte beifolgend beschlossen, sich nicht für die Trennung in „Wolfspartei“ und „Vereinigung“ einzulassen, sondern weiter gemeinsam bei den Wahlen vorzugehen und zu diesem Zweck die gemeinsame Organisation aufrechtzuerhalten. Die dem Standpunkt ist auch der besten in Neumünster abgehaltene Parteitag tenu geblieben, wie uns das folgende Privat-Telegramm unseres Korrespondenten meldet:

Auf dem Parteitag zu Neumünster wurde der Anschlag auf die freisinnige Volkspartei mit 108 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit erklärte, an der bisherigen Organisation festhalten zu wollen. Die Anhänger der Volkspartei organisieren sich nimmere selbstständig mit einem eigenen Landesauschuss.

Auf den ersten Blick möchte die schnelle Mehrheit auffallen, welche den Beschluß, zusammen zu bleiben, gefast hat. Allein die große Anzahl von Stimmen, welche die „Wolfspartei“ für ihre auf die Trennung abzielenden Anträge aufstufte, wird verständlich, wenn man weiß, welche Anstrengungen sie gemacht hatte, um den Parteitag zu überreden. Die „Nieler Zeitung“ vom Sonnabend Abend bringt darüber interessante Mitteilungen. Der Anschlag auf die freisinnigen Partei für Schleswig-Holstein sah sich genötigt, eine Bekanntmachung zu erlassen, dahin gehend, daß nur Vertrauensmänner in Neumünster zugelassen werden könnten, die das Programm von 1884 und den Neumünsterischen Beschluß vom 14. Mai 1893 — betrie, Zusammenbleiben der Schleswig-Holsteinischen Freisinnigen — anerkennen. Die Bekanntmachung wurde beifolgend durch den Anschlag der Parteitag der Volkspartei einen gemeinsamen Einbruch in die gefirte Parteiverammlung verhindert. Ein Herr Bischof in Kiel hat am 1. Februar den Anschlag der Anhänger der Volkspartei in der Provinz gerichtet, welches in der K. Z. abgedruckt wird und dessen Schluß lautet:

Wirde es gelingen, 100 bis 150 feste Männer nach Neumünster zu bringen, so könnten wir vieles erreichen und durch bestimmtes, aber bestimmtes Aussehen und neue zweifelhafte Elemente auf unsere Seite bringen. Von hier haben wir schon jetzt ca. 20 zuverlässige Freunde, die mit nach Neumünster gehen wollen! Das genannte freisinnige Organ trittliche diesen Bericht mit folgenden Worten:

Es ist also nichts anderes beabsichtigt als ein Ueberrennpelnung des Parteitag. Durch die Einmischung von Personen, die auf dem Parteitag nichts zu suchen haben, will man gewaltiam die Freisinnigen Schleswig-Holsteins zur Volkspartei führen. Es kommt nicht darauf an, die Volkspartei zu überrennen, sondern man will eine Anzahl aufführen, durch einen Gewaltthat die Versammlung majorisieren und dann erklären, der Freisinn Schleswig-Holsteins hat sich für die Volkspartei entschieden. Was kommt es darauf an, ob man die Vertreter, die Sprecher für die freisinnigen Wähler und damit die Wählerstimme gewinnen, der Partei die Augen Wichters ist die Hauptache. Was liegt daran,